

Der Vollzugsdienst

1/2016 – 63. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Gefangene fordern den Mindestlohn und die Abschaffung der Arbeitspflicht

Auch die Einbeziehung in die Rentenversicherung wird verlangt

Seite 1

Der Umgang mit jugendlichen Flüchtlingen ist schwierig

BSBD Bremen fordert mehr Personal im Allgemeinen Vollzugsdienst

Seite 31

Erster Schritt zur Wiedereinführung von Sonderzahlungen für Beamte

Verfassungsgemäße Alimentierung soll sichergestellt werden

Seite 72

Dr. Ronald Pienkny, Staatssekretär für Justiz, im Gespräch mit Rainer Krone vom BSBD Brandenburg



Fachteil: Gefangenenvereinigung keine Gewerkschaft



Baden-Württemberg



Mecklenburg-Vorpommern



Rheinland-Pfalz

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1** Gefangene fordern den Mindestlohn, die Abschaffung der Arbeitspflicht und ihre Einbeziehung in die Rentenversicherung
- 2** Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Bündelung von Dienstposten
- 3** 57. dbb Jahrestagung: Solidarität mit Schutzbedürftigen erfordert eine handlungsfähige Verwaltung

LANDESVERBÄNDE

- 7** Baden-Württemberg
- 20** Bayern
- 21** Berlin
- 26** Brandenburg
- 31** Bremen
- 32** Hamburg
- 34** Hessen
- 40** Mecklenburg-Vorpommern
- 44** Niedersachsen
- 48** Nordrhein-Westfalen
- 62** Rheinland-Pfalz
- 66** Saarland
- 68** Sachsen
- 71** Sachsen-Anhalt
- 73** Schleswig-Holstein
- 76** Thüringen

FACHTEIL

- 80** Gefangeneneinigung ist keine Gewerkschaft
- 82** Vereinigungsfreiheit, Koalitionsfreiheit im Strafvollzug
- 85** Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen die Neuregelung der Gefangenenergütung in Rheinland-Pfalz



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjanicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Rabe	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@t-online.de
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 2/2016:

⇒ ⇒ 15. März 2016



Die „letzte“ Mannschaft des Dessauer Gefängnisses versammelte sich zum Erinnerungsfoto.

Abschiedsfeier zur Schließung

Im Dessauer Gefängnis sind keine Gefangenen mehr

Die Mitarbeiter der Dessauer JVA feierten mit einem besonderen Fest das Aus der Einrichtung. Das Gefängnis schloss am 30. September 2015. Die letzten Gefangenen waren zu diesem Zeitpunkt bereits verlegt.

Mit einigen Kanonenschlägen haben die Mitarbeiter der Dessauer Justizvollzugsanstalt das Aus des Dessauer Gefängnisses besiegelt. Diese hatten sich zu einer kleinen Abschiedsfeier getroffen und sich für ein lautstarkes Finale entschieden.

Dessau verliert damit nach 129 Jahren sein Gefängnis. Am 18. September 2015 war der letzte Gefangene von Dessau weg verlegt worden. Seit dem 21. September befanden sich lediglich noch Gefangene des offenen Vollzuges der Justizvollzugsanstalt Halle am Standort Dessau.

Bis auf die zentrale Schlosswerkstatt und die zentrale Beschaffungsstelle des Landes Sachsen-Anhalt ist das Anstaltsgelände komplett geräumt. Danach fanden nur noch kleinere Rückbauarbeiten

statt. Im Dezember 2015 wurde der Gebäudekomplex an das Finanzministerium übergeben.

Was aus dem Gebäudekomplex in der Zukunft wird, ist offen. Zuletzt hatte das Justizministerium in Magdeburg Überlegungen bestätigt, dass dort das Dessauer Amtsgericht einziehen könnte. Das Haus in der Willy-Lohmann-Straße muss drin-



Ehrenschüsse zum Ende einer Ära.

Fotos (2): BSBD LSA

gend saniert werden. Eine Entscheidung dazu ist allerdings noch nicht gefallen.

Das Aus des Dessauer Gefängnisses zum 30. September war im Juli dieses Jahres im Landtag besiegelt worden. Trotz vieler Proteste, die eine weitere Schwächung des Oberzentrums Dessau fürchteten.

Von den über 100 Arbeitsplätzen bleiben nur 13 erhalten. Das Land will den Justizvollzug künftig an den Standorten Halle, Raßnitz und Burg konzentrieren. In Halle soll ein neues Gefängnis für über 150 Millionen Euro entstehen.

Fortbestehen soll der Verein „Das Gerichtsgefängnis zu Dessau“ der im Jahre 2013 gegründet wurde. Dieser will interessierten Bürgern auch weiterhin einen Einblick in die Geschichte des Dessauer Gefängnisses ermöglichen. Erreichbar ist der Verein unter der Internetseite www.jva-museum-dessau.de

OV Dessau-Roßlau

Landtag von Sachsen-Anhalt
Drucksache 6/4747
21.01.2016

Antrag

Faktionen CDU und SPD



Wiedereinführung Sonderzahlung für Beamte

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag beauftragt die Landesregierung, einen Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen, der eine verfassungskonforme Rechtsgrundlage beinhaltet, über alle Besoldungsgruppen hinweg, eine Jahressonderzahlung einzuführen.

Begründung

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Sachsen (Az. 2 BvL

20/09 vom 17. November 2015) ist eine Veränderung im Landesbesoldungsrecht nötig, um eine verfassungsgemäße Alimentierung unserer Beamtinnen und Beamten sicherzustellen.

André Schröder
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde

Fraktionsvorsitzende SPD

(Ausgegeben am 21.01.2016)

Landtagsinitiative beschlossen

Die Fraktionen **CDU** und **SPD** haben am 28. Januar 2016 in den Landtag einen gemeinsamen Antrag zur Wiedereinführung einer Sonderzahlung für Beamte eingebracht.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** und Stimmhaltung der **LINKEN** hat der Landtag die Landesregierung beauftragt, per Gesetz „über alle Besoldungsgruppen hinweg eine Jahressonderzahlung einzuführen.“

Wolfgang Ladebeck, dbb Landesvorsitzender, hat die Initiative als „Schritt auf dem Weg zu einer amtsangemessenen Alimentation in Sachsen-Anhalt“

bezeichnet. „Ein Schritt in die richtige Richtung, aber für uns noch lange nicht das Ergebnis, denn amtsangemessene Alimentation ist viel mehr als nur die Jahressonderzahlung wieder einzuführen“, so Ladebeck weiter. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. November 2015 zur A-Besoldung in Sachsen sei das Land in der Pflicht, die Besoldung auch in Sachsen-Anhalt auf eine mögliche Unteralimentation zu überprüfen und eine verfassungskonforme Regelung zu schaffen. „**Die Streichung der Jahressonderzahlung entsprach immerhin einer Besoldungskürzung von 6,71 Prozent.** Wenn sich **CDU** und **SPD** nicht Wahlkampfgetöse werfen lassen wollen, müssen sie nach den Landtagswahlen liefern und eine Gesetzesnovelle zur Beamtenbesoldung vorle-

gen. Weitere Spielchen auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten werden wir nicht zulassen. **In welcher Höhe und wie das Weihnachtsgeld ab 2016 gezahlt wird, ist Verhandlungssache**“, sagte **Ladebeck**. Die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes ist eine Kernforderung des **Beamtenbundes**. Bei der Prüfung der Amtsangemessenheit der Alimentation will die **CDU** auch die Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe und der Heilfürsorge auf den Prüfstand stellen. Das kündigte **Eva Feußner**, finanzpolitische Sprecherin der **CDU**-Fraktion, in ihrer Rede vor dem Landtag zum Initiativantrag der Koalitionsfraktionen zur Wiedereinführung einer Sonderzahlung für Beamte an.

*dbb beamtenbund und tarifunion
sachsen-anhalt*

Wiedereinführung von Sonderzahlungen für Beamte

Quelle: Landtag Sachsen-Anhalt – „Eine verfassungsgemäße Alimentierung“ soll sichergestellt werden

Auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD soll die Landesregierung einen Gesetzentwurf mit einer verfassungskonformen Rechtsgrundlage erarbeiten, der die Wiedereinführung einer Jahressonderzahlung für Beamte beinhaltet.

Hintergrund ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November 2015, wonach die Abschaffung des Weihnachtsgeldes für Beamte in Sachsen unzulässig war. Mit der Gesetzesänderung in Sachsen-Anhalt soll nun „eine verfassungsgemäße Alimentierung“ sichergestellt werden. Wie hoch das Weihnachtsgeld ausfallen wird, ist noch unklar. Eine endgültige Entscheidung fällt in der nächsten Wahlperiode. Ein erster Schritt hin zur Wiedereinführung von Sonderzahlungen für Beamte ist gemacht. Der Landtag hat einen entsprechenden Antrag verabschiedet. Die etwa 20.000 Beamtinnen und Beamten im Land leisteten eine hervorragende Arbeit, erklärte **Eva Feußner (CDU)**. Auch in Zukunft brauche das Land motivierte, loyale und pflichtbewusste Beamte. Ihrer Ansicht nach hätte man ihnen in den vergangenen Jahren einiges zugemutet. Als Beispiele nannte sie die Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, die Einführung einer Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe und den Stopp von kontinuierlichen Beförderungen. Dieses Vorgehen hätte zu Unzufriedenheit unter den Beamten geführt, räumte die **CDU**-Politikerin selbstkritisch ein und daher müsse das gesamte Landesbesoldungsgesetz in der nächsten Legislatur auf den Prüfstand.

Staatsminister **Rainer Robra (CDU)** erklärte, der vorzulegende Gesetzentwurf müsse „nachhaltig in die Zukunft blicken und einen Sicherheitsabstand“ zur Besoldungsuntergrenze enthalten. Anderenfalls bestehe die Gefahr, dass die Beamten jedes Jahr Klage gegen ihren Dienstherrn gegen die laufende Besoldung einlegen müssten (wenn die Besoldung im Vergleich zu niedrig ausfällt), „weil objektiv erst im Folgejahr die Kriterien der Verfassungsrichter mit den Daten des Statistischen Bundesamtes abgeglichen werden können.“ Zudem müsse der Gesetzgeber die gesamtstaatliche Haushaltsentwicklung im Blick behalten. Alle Beteiligten müssten sich vor Augen führen, dass sich die Wertschätzung der Beamten nicht nur, aber auch, über die Besoldung ausdrücke.

DIE LINKE fühlt sich veralbert

Swen Knöchel (DIE LINKE) sagte, seine Vorredner hätten einen „Verriss von 15 Jahren Landespolitik“ abgegeben. Der Finanzexperte der Linken stellte fest, „die Beamten wurden 2004 als Sparschweine entdeckt und jetzt kurz vor der Wahl würden **CDU** und **SPD** feststellen, dass Beamte auch Wähler seien. Seine Fraktion hätte die Sonderzahlungen für Beamte schon mehrmals auf die Tagesordnung gebracht, immer wieder wurden diese Anträge abgelehnt. Nun kurz vor der Wahl käme ein Antrag dazu, den niemand mehr bearbeiten könne. **Knöchel** fragte: „Wen wollen sie eigentlich veralbern?“

Seine Begeisterung über den Antrag halte sich in Grenzen, sagte **Rüdiger Erben (SPD)**, „weil wir heute überhaupt

nichts regeln können.“ Zwar gebe es zweifelsohne Handlungsbedarf, realisiert werden könnten Änderungen allerdings erst in der nächsten Wahlperiode.

Der **SPD**-Politiker verwies darauf, dass Sachsen-Anhalt im Länderranking der Besoldungsgruppen nicht grundsätzlich auf den letzten Plätzen liege, sondern „je höher die Besoldungsgruppe wird, desto besser liegen wir im Länderranking.“ Das Weihnachts- und Urlaubsgeld sei daher ein wichtiger Ansatz, um die Beamten im mittleren Dienst besser zu stellen.

Grüne lästern: „Versuchte Beamtenbestechung“?

Olaf Meister (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) konstatierte, dass der Antrag von **CDU** und **SPD** eine Abkehr von der bisherigen Position der Koalition darstelle. Zwar sei eine derartige Meinungsänderung durchaus zulässig, dennoch sei er misstrauisch, so **Meister**. Sein Misstrauen rühre daher, weil die höheren Kosten im kürzlich verabschiedeten Nachtragshaushalt nicht einspeist wurden. Auf den Fraktionsfluren der **Grünen** sei daher über eine „versuchte Beamtenbestechung“ gelästert worden. Außerdem vermisst **Meister** nähere Details über die Höhe der Sonderzahlungen und wann sie eingeführt werden sollen. Obwohl die **Grünen** „die Nachtigall trapsen hören“, halten sie den im Antrag eingeschlagenen Weg grundsätzlich für richtig.

Dem Antrag von **CDU** und **SPD** wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und von **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** zugestimmt.

Die Fraktion **DIE LINKE** enthielt sich.